

«Wir stecken jetzt in einer Sackgasse»

YVONNE HUNKELER DIE VERSIERTE CVP-FINANZPOLITIKERIN AUS DEM WAHLKREIS SURSEE ORDNET DIE AKTUELLEN FINANZSTRATEGIEN EIN

Sparprogramm der Regierung, Gemeindereferenden dagegen und das Risiko, für nächstes Jahr ohne Kantonsbudget dazustehen: Yvonne Hunkeler spricht Klartext zur aktuellen Lage.

Yvonne Hunkeler, lesen Sie für uns im Kaffeesatz? Hat der Kanton vor Weihnachten ein Budget?
Wenn ich nur für mich selber sprechen darf – ich vertrete in diesem Gespräch keine Fraktionsmeinung der CVP – dann prognostiziere ich: Ja, es gibt eines. Ich werde mich im Kantonsrat sehr dafür einsetzen, dass der Kanton ein Budget erhält!

Wenn es nicht klappt: Wie lange könnte es dauern, bis der Kanton wieder eines hat?

Das ist abhängig davon, über welche Referenden wir wann abstimmen. Die Gemeindereferenden des VLG, des Verbandes der Luzerner Gemeinden, sind bereits angekündigt; dasjenige der SVP ebenfalls.

Wäre es denn schlauer, wenn der Kantonsrat selber ein obligatorisches Referendum ansetzt? Dann fände der Abstimmungstermin in absehbarer Zeit statt, nämlich am 12. Februar?

Dazu habe ich noch keine abschliessende Meinung, das kommt auf das Ergebnis der Budgetberatung im Parlament an. Ich frage mich: Hebelt der Kantonsrat damit nicht seine eigenen Rechte und Pflichten aus, indem er den Entscheid einfach ans Volk delegiert? Andererseits hege ich gewisse Sympathien für den Ausweg via obligatorisches Referendum, auch um Zeit zu gewinnen.

Welche Bedeutung messen Sie den VLG-Referenden zu? Ist der VLG ein Betroffenenparteienvorteiler wie andere auch – oder haben die Gemeinden eine andere Stellung? Welche Signalwirkung haben diese Referenden auf den Kantonsrat?



Die CVP-Kantonsrätin Yvonne Hunkeler ist seit 2013 selbstständige Unternehmensberaterin in den Bereichen Strategie, Führung und Finanzen. FOTO ZVG

Ich finde den Einsatz der Gemeinden beeindruckend und ich habe Verständnis dafür. 82 von 83 Gemeinden waren an der DV in Schenkon anwesend! Das ist ein Signal, das es ernst zu nehmen gilt.

Ein Nachgeben ist also sicher?

Die Frage ist, in welchem Ausmass! Ohne die Beteiligung der Gemeinden wird es im Konsolidierungspaket KP17 nicht gehen. Aber wir suchen Kompromisse, die es nun auf Partei- und Kantonsratsebene zu diskutieren gilt.

Den Gemeinden gibt man also voraussichtlich nach, andere, zurückhaltendere oder weniger

einflussreiche Betroffenheitsparteien müssen Sparvorgaben schlucken. Ungerecht?

Nein, die Gemeinden stehen schliesslich wie der Kanton gemeinsam für alle Bürgerinnen und Bürger ein, während einzelne Berufsverbände, Institutionen vor allem Einzelinteressen vertreten. Da mache ich schon einen Unterschied.

Wohin führt das, wenn die Politik immer wieder den Begehren nachgibt und selber nicht mehr gestalterisch wirkt?

In eine Sackgasse – und in einer solchen stecken wir jetzt! Ich habe zwar Hoffnung, dass ein Budget zustande kommt, aber Zweifel, ob die Regierung auch einen genehmigten Aufgaben- und Finanzplan, einen AFP, erhält. Wenn ich die politische Lösung hätte – dann wäre ich wohl eine gesuchte Person im Kanton.

Eine versierte Finanzpolitikerin sind Sie zweifellos! Wo liegen denn die Knacknüsse am AFP?

Offene Fragen stellen sich viele, zwei möchte ich hier nennen. Die geplante Organisationsentwicklung von 40 Millionen etwa: Was hat der Regierungsrat genau vor? Legt man seine Zahlen in Köpfe um, müsste er 260 Stellen streichen ... Eine grosse Unsicherheit herrscht auch hinsichtlich der Sanierung der Pensionskassen: Da kommt zweifellos eine Mehrbelastung auf den Kanton zu. Aber wie hoch wird diese sein? Das sind aber wie gesagt nur zwei Finanzrisiken, der AFP enthält weitere.

Was sagen Sie zur Aussage von Finanzdirektor Schwerzmann, dass – wenn alle Anspruchsgruppen nur ihre eigenen Interessen vertreten und das Sparpaket und der AFP auseinanderfielen – der Kanton in den nächsten Jahren einfach NOCH MEHR sparen müsse? Wachsen die Lücken automatisch?

Die Summe wird tatsächlich nur grösser. Deshalb wäre es auch spannend zu wissen, wie die Regierung künftig die Schuldenbremse handhaben möchte. Das kommuniziert sie erst im Dezember. Wird sie beispielsweise ein Schuldenwachstum im Rahmen des Bevölkerungswachstums zulassen? Das wären etwa 10 Millionen Franken pro Jahr und gäbe uns schon etwas Luft.

Luft gäbe auch die geplante Steuererhöhung: Dafür sieht es gar nicht so schlecht aus ausser bei der SVP. Gibt es einen Konsens von CVP und FDP?

Ich kann, wie gesagt, nur für mich sprechen. Meines Erachtens gibt es keine Alternative mehr zu einer Steuererhöhung. Ich wüsste nicht, wie die 60 Millionen Franken, die sie bringt, anderswo kurzfristig einzusparen wären.

Die SVP weibelt mit ihrer Initiative dafür, dass Steuererhöhungen immer vors Volk kommen. Ist das noch bürgerliche Finanzpolitik?

Diese Initiative muss man ablehnen: Der Kantonsrat könnte künftig auf der Ausgabenseite beschliessen, was er will, er müsste auf der Einnahmeseite nicht mehr dafür geradestehen. Kein Argument gegen die Initiative wäre für mich die Angst vor einem Nein zu Steuererhöhungen im Volk. Wenn eine Steuererhöhung wirklich notwendig ist, entscheiden die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger vernünftig.

Eine Frage zum Schluss: Wenn es zu einer Phase ohne Budget käme, was geriete auf Eis, was Sie ärgern würde?

Der Radweg Grosswangen–Buttisholz würde wohl erst nach Genehmigung des Budgets realisiert. Ausgelöst würden nur noch gebundene, bereits initiierte Ausgaben.

ANDREA WILLIMANN

Regierungsrat lässt sich nicht beirren

KANTON AUFGABEN- UND FINANZPLAN LIEGT NUN VOR

Der Regierungsrat unterbreitet dem Kantonsrat den Aufgaben- und Finanzplan für die Jahre 2017 bis 2020. Die Massnahmen aus dem Konsolidierungsprogramm 2017 sind darin eingerechnet. Die Regierung sieht die Unsicherheiten eher beim Bund.

Für das Jahr 2017 weist die budgetierte Erfolgsrechnung einen Aufwandüberschuss von 14,6 Millionen Franken aus. Der operative Aufwand liegt bei 2,886 Milliarden Franken.

Die Planung basiert auf den vom Bund vorgegebenen Wachstumsraten: Demnach wird ein Wachstum des Bruttoinlandprodukts (BIP) um 1,8 Prozent angenommen und eine Teuerung von 0,3 Prozent. Auf dieser Basis rechnet der Regierungsrat mit einem Anstieg der kantonalen Steuereinnahmen um 3,6 Prozent bei den natürlichen Personen und 3,5 Prozent bei den juristischen Personen. Der Wachstumstrend bei den kantonalen Steuern soll nachhaltig sein: «Besonders im Jahr 2018 stehen den weiter sinkenden Erträgen aus dem Finanzausgleich des Bundes (NFA) steigende Fiskalerträge gegenüber, ab 2019 auch höhere Einnahmen aus der direkten Bundessteuer», heisst es in der Medienmitteilung.

Ausgaben wachsen weiter

Allerdings wachsen wiederum auch die Aufwände. Im Jahr 2017 steigt der betriebliche Aufwand gegenüber dem Budget 2016 unter anderem durch höhere Personal-, Sach- und Betriebs-

kosten im Asyl- und Flüchtlingswesen, das neu in die kantonale Verwaltung integriert ist. Höhere Aufwände muss der Kanton auch in den Bereichen Volksschulbildung, Gesundheit und Sozialversicherungen finanzieren.

Um den wachsenden Leistungsmengen und Aufwänden zu begegnen, wurde der budgetwirksame Personal-, Sach- und Betriebsaufwand im Jahr 2017 insgesamt eingefroren.

Nicht nur KP 17 verunsichert

Und so soll es weitergehen. Im Jahr 2018 will der Regierungsrat noch einen Aufwandüberschuss von 9,7 Millionen Franken ausweisen. In den Jahren 2019 und 2020 sind jedoch Ertragsüberschüsse von 22,5 und 33,9 Millionen Franken geplant.

Geplant – und was ist realistisch? Es sei unbedingt notwendig, dass die Konsolidierungsprogramm-17-Massnahmen als Paket zusammengehalten werden, betont der Regierungsrat in seiner Mitteilung. Er ist sich sehr bewusst, dass «die Finanzplanung mit diversen Unsicherheiten behaftet ist». Finanzielle Risiken ergäben sich auch aus den ungewissen Perspektiven beim NFA, der Konjunktur, allfälligen flankierenden Massnahmen bei sinkenden Umwandlungssätzen der Pensionskassen, den Stabilisierungsprogrammen des Bundes und der Unternehmenssteuerreform III.

Die Planung ist demnach, was sie ist: Eine Vorausschau, was sein sollte respektive sein könnte. **RED**

Regierung kontert heftige Kritik

VERBAND LUZERNER GEMEINDEN GV IN SCHENKON HINTERLÄSST TIEFE SPUREN

Die vollen Parkplätze vor dem Schenkoner Gemeindezentrum kündigten es an: Aus allen Ecken des Kantons, genau aus 82 von 83 Luzerner Gemeinden, strömten vergangenen Mittwoch Vertreter an die ausserordentliche GV des Verbands Luzerner Gemeinden (VLG). Ihr Vorhaben war auch ein ausserordentliches – ebenso dessen Umsetzung.

Der VLG hat an seiner ausserordentlichen Generalversammlung – elektronische Medien haben es rasch verkündet – das Referendum gegen vier Gesetze im Rahmen des Konsolidierungspakets KP 17 beschlossen, sollten diese und deren Kostenfolgen von rund 60 Millionen Fr. über drei Jahre für die Gemeinden vom Kantonsrat gutgeheissen werden. Schon im Kantonsparlament wird daher der geplanten Zusammenlegung der Betriebsämter, dem früheren Wechsel bei der Zuständigkeit bei Flüchtlingen und vorläufig Aufgenommenen sowie der Streichung Gemeindeanteile aus Verkehrssteuern und LSVA ein steifer Wind entgegenwehen – sitzen doch sehr viele Kantonsräte zugleich in Gemeindebehörden. Etwas mehr Spielraum signalisierte der VLG beim ebenfalls geplanten Wechsel der Zuständigkeit bei der Finanzierung der Ergänzungsleistungen und der AHV; da will er ausdrücklich erst die Beratungen im Parlament über das KP 17 und die weiteren Schritte des Regierungsrates abwarten.

Schlagabtausch wegen Wortwahl
Die Beschlussfassung verlief aber nicht



Armin Hartmann überzeugte als geistiger Vater der VLG-Referenden. FOTO ZVG

ganz ohne heftige Worte. Finanzdirektor Marcel Schwerzmann forderte die Gemeinden zwar zunächst freundlich auf, ihren Teil zur Lösung der Finanzprobleme beizutragen. Er tat dies eloquent, sachlich und mit neuen Grafiken im Köcher. «Wir erachten das KP 17 als ausgewogen. Aber: Es ist gross, es ist hart, und wir mussten viele oder alle zu Betroffenen machen», betonte der Regierungspräsident.

Verbandspräsident Hans Luternauer und der Leiter Bereich Finanzen Armin Hartmann argumentierten derweil, dass es nicht primär die Aufgabe der Gemeinden sei, die Finanzprobleme des Kantons zu lösen. «Die Globalbilanz muss für die Gemeinden zumindest ausgeglichen sein», forderte Luternauer. Und er verstieg sich zur

etwas harten Aussage, die von der Regierung im KP 17 gemachten Vorschläge würden teilweise «gegen Treu und Glauben» verstossen. «Dies sei etwas vom Schlimmeren, was zwischen zwei Staatsebenen passieren könne», schob er nach.

Damit erwischte er den ebenfalls anwesenden Regierungsrat Paul Winiker auf dem falschen Fuss. «Wenn man Treu und Glauben ins Feld führt, wird es schwierig», konterte er die Kritik. Die Regierung müsse bei dieser Sparübung nun mal die Möglichkeiten bis zur Grenze ausloten, die Schuldenbremse gebe ihr ein sehr enges Korsett vor. Und er warnte: «In unserer politischen Kultur möchte man kämpfen. Aber wir müssen eine Lösung finden, die gesetzeskonform ist!»

Warnung vor Totalopposition

Die Gemeindevertreter, die als Delegierte ihrer Räte wohl alle vorgefasste Meinungen vertraten, hatten für diese «Lösung» aber kein Gehör. Sie hörten lieber, was der Schlierbacher SVP-Kantonsrat Armin Hartmann sagte. Sie hörten aber auch auf ihn, als aus dem Plenum ein zusätzlicher Antrag für ein weiteres Gemeindereferendum kam, der auch die Kürzung der Musikschulbeiträge zurückweisen wollte. Hartmann warnte davor, Sperrfeuer gegen alles zu machen, «Es ist heute und morgen nicht Zeit für Maximalforderungen.» So reüssierte dieser Antrag nicht: Er schaffte mit 30 Ja- zu 48 Nein-Stimmen zwar das Drittelsmehr beim Gemeindemehr; in der Wertung nach Stimmkraft der Gemeinden scheiterte er aber mit 137 Ja- zu 209 Neinstimmen. **ANDREA WILLIMANN**